

# RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE.Potsdam

Nr.: 04/2011

18. Jahrgang

31. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 4. Mai 2011

## Stadt sendet deutliches Signal: Kein Eintrittsgeld für Parkbesuch



Noch nie seit Bestehen wurde Eintritt für den Schlosspark verlangt.

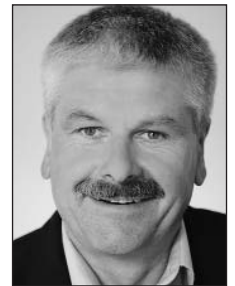
Einen Tag vor der Sitzung des Stiftungsrates der Preußischen Schlösser und Gärten sollte die Stadtverordnetenversammlung ein deutliches Wort sagen zu dessen Plänen, für den Besuch des Parkes Sanssouci in Zukunft Eintrittsgeld zu erheben. Mit einem Dringlichkeitsantrag hatte die Fraktion der LINKEN das Thema auf die Tagesordnung gebracht, damit der Stiftungsrat noch vor seiner Debatte den von der Stadtverordnetenversammlung getragenen Standpunkt der Landeshauptstadt kennt. Es zeigte sich einen Tag später, dass das eindeutige Votum des höchsten demokratischen Gremiums der Stadt zumindest dazu führte, dass der Stiftungsrat nicht wagte, das Thema Eintritt in den Schlosspark abschließend zu behandeln.

Hans-Jürgen Scharfenberg hatte in der Antragsbegründung daran erinnert, dass die Parks zum alltäglichen Leben in der Stadt gehören und ein Stück Lebensqualität für die Potsdamerinnen und Potsdamer bedeuten. Bereits 2004 hatte die Stadtverordnetenversammlung sich gegen ein Eintrittsgeld positioniert – allerdings nach „sehr zäher Diskussion“, wie Scharfenberg

sich erinnerte. Dies deutete sich auch in der aktuellen Auflage des Themas wieder an, obwohl Oberbürgermeister Jann Jakobs mit öffentlichen Meinungsäußerungen gegen einen Eintrittspreis (anders als 2004) die Richtung für die Rathauskooperation vorgegeben hatte. Die Abstimmung war denn auch ziemlich klar, wenngleich eine Formulierung des Antrages zur Zusammenarbeit der Stadt mit der Stiftung noch für Diskussion sorgte. Die LINKE hatte Wert darauf gelegt, gleichzeitig auch zu betonen, dass Potsdam sich in der Pflicht sieht, einen Beitrag zur Erhaltung des Weltkulturerbes zu leisten. In der Diskussion wurde mit dem Zusatz „wie bisher“ ausgeschlossen, dass es finanzielle Zuwendungen von der Stadt geben könne. Bislang unterstützte die Landeshauptstadt auf verschiedene Weise die „Schlösser und Gärten“, teilte der Oberbürgermeister mit: So kassiere die Stadt keine Grundsteuer und keine Winterdienstgebühren von der Stiftung. Außerdem übernehme sie den Umgebungsschutz des Weltkulturerbes und habe unter anderem ein Grundstück in der Nähe des Parkeinganges erworben.

### Mit auf den Weg ...

Liebe  
Potsdamerinnen  
und Potsdamer,  
die Landeshauptstadt hat mit einer Verfassungsbeschwerde erreicht, dass die in der Kommunalverfassung festgeschriebene



Mindeststärke von vier Mitgliedern für Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung vom Verfassungsgericht gekippt worden ist. Nach dieser Regelung waren die Stadtverordneten von DIE ANDERE und die des Bürgerbündnis mit je drei Mitgliedern sowie die aus der CDU ausgetretenen Potsdamer Demokraten mit zwei Mitgliedern benachteiligt, da nach den gesetzlichen Vorgaben nur die Fraktionen an der Bildung der Ausschüsse der SVV beteiligt sind. Jetzt besteht die Möglichkeit, dass DIE ANDERE und das Bürgerbündnis je einen Platz im wichtigen Hauptausschuss erhalten, der aus 13 Mitgliedern besteht. Diese bereits von den Anderen geforderte Neubesetzung führt allerdings dazu, dass SPD und CDU je einen Sitz abgeben müssen. Damit veränderte sich die Konstellation im Ausschuss zu Ungunsten der Rathauskoalition. Bisher standen den vier Mitgliedern der Linken vier Stadtverordnete der SPD, zwei der CDU und je einer von FDP und Grünen sowie der Oberbürgermeister gegenüber. Dieses solide Übergewicht würde künftig nur noch durch die Stimme des Oberbürgermeisters gesichert sein. Deshalb ist Herr Jakobs bemüht, eine Neubesetzung hinauszuzögern, um sich möglichst mit einem vergrößerten Ausschuss eine für ihn günstigere Mehrheit zu verschaffen. Dabei setzt er sich dafür ein, dass auch die zwei ehemaligen CDU-Mitglieder im Hauptausschuss vertreten sein sollen, was er sicher nicht uneigennützig tut. DIE LINKE wird bei diesen Machtspielchen nicht tatenlos zusehen.

Ihr

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, MdL  
Fraktionsvorsitzender

## Kulturpolitische Leitlinien auf dem Prüfstand

Die Landeshauptstadt Potsdam arbeitet im Bereich der Kultur nach kulturpolitischen Leitlinien. Diese wurden auf breiter Basis mit den kulturellen Akteuren und den Vertretern von Politik und Verwaltung erarbeitet. Darin wurden Problem- und Zielstellungen formuliert, die das kulturelle städtische Leben beflügeln und weiter voranbringen sollten. Das war ein Novum.



Nach der Beschlussfassung in der Stadtverordnetenversammlung vor mehr als drei Jahren galt es nun, eine Zwischenbilanz zu ziehen und Defizite zu benennen. Dies erfolgte im Treffpunkt Freizeit mit weit über 100 Beteiligten und in neun Arbeitsgruppen mit den unterschiedlichsten Akteuren der Kultur. Im Ergebnis konnten wesentliche Schlussfolgerungen gezogen werden.

Obwohl vieles erreicht wurde, zum Beispiel die Entwicklung des Potsdam-Museums, mussten aber auch die Fördermechanismen und die Förderhöhe für die freien Kulturträger kritisiert werden. Insbesondere bei der bildenden Kunst muss an der Umsetzung des Themenkatalogs weiter energisch gearbeitet werden.

Auch das Kulturmarketing soll gemeinsam kritisch unter die Lupe genommen werden.

Wir sind also auf dem Weg, am Ziel sind wir noch nicht.

Dr. Karin Schröter, stellvertretende Fraktionsvorsitzende DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung, Vorsitzende des Kulturausschusses

### Ehemaliges Armeelazarett

Hans-Jürgen Scharfenberg griff eine Bürgerfrage auf. Der schlechte Zustand des Geländes des ehemaligen Armeelazaretts in der Großbeerenstraße werde kritisiert. Dort werde sogar illegal Müll entsorgt. Welche Überlegungen gibt es seitens der Stadt für die Entwicklung des Areals.

Burkhard Exner verwies auf mehrere Versuche der Stadt, für das Gelände eine Nutzung zu erreichen. Die Konzepte seien vom Bund als Eigentümer jedesmal abgelehnt worden. Das Gelände stehe zwar unter Denkmalschutz, die Nutzung sei aber für Kultur oder stilles Gewerbe möglich. Derzeit werde ein weiterer Antrag geprüft.

### Schuppen auf dem Keplerplatz

Welche weiteren Pläne gebe es für den Keplerplatz nach der Sanierung des Flachbaus mit MBS und Friseursalon, fragte Hans-Jürgen Scharfenberg. Eine Reihe alter, ungenutzter Schuppen wirke wie ein Fremdkörper.

### Abgelehnt

#### Keine Bürgerumfrage zum Verkehrskonzept für Drewitz

Nach dem Bauausschuss lehnte auch die Stadtverordnetenversammlung den Vorschlag der LINKEN ab, den Betroffenen im Wohngebiet Drewitz die Möglichkeit zu geben, in einer Bürgerumfrage ihre Vorschläge zu den weitreichenden Verkehrs-Veränderungen bei der geplanten Umgestaltung der Konrad-Wolf-Allee einzubringen (s. Seite 4).

### Erledigt?

#### Kostenloses Schulessen

Als „durch Verwaltungshandeln erledigt“ bewertete die Stadtverordnetenversammlung einen Antrag der LINKEN, im Haushaltsentwurf 2011 die notwendigen Vorkehrungen zu treffen, um der neuen Auslegung der Härtefallregelung zum Schulessen gerecht werden zu können.

Die Härtefallregelung werde bereits angewendet, damit sei der Antrag erledigt, war die Mehrheit der Meinung. Hans-Jürgen Scharfenberg kritisierte im Namen der LINKEN, dass man sich aber offensichtlich nicht langfristig im Haushalt festlegen wolle und vor einer Festschreibung des Anspruches auf kostenloses Schulessen zurückschrecke.

Burkhard Exner konnte Matthias Klipp in dieser Frage nur schlecht vertreten. Man einigte sich darauf, die dortige „Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum“ nach Inaugenscheinnahme konkreter zu bereden.

### Platzbenennung nach Heiner Carow

Immer wieder würden durch den Oberbürgermeister in feierlichem öffentlichen Akt Straßen und Plätze benannt und umbenannt. Nun ist im Kirchsteigfeld der Marktplatz in Heiner-Carow-Platz benannt worden. Warum sei dies in völliger Stille geschehen? Burkhard Exner versuchte zu rechtfertigen, dass die Verwaltung den Beschluss der SVV vom 3.3.2010 realisiert habe. Dies geschehe in der Regel ohne öffentliche Beteiligung. Nach welchen Kriterien dies entschieden werde, konnte Exner nicht sagen. Der Oberbürgermeister entschuldigte erst auf Anfrage das Versäumnis, der öffentliche Akt werde nachgeholt. Desweiteren werden die Stadtverordneten von den Kriterien informiert, nach denen bei Um- und Neubenennungen zu verfahren sei.

### Erfüllung der Aufträge?

#### Wohnortnaher Unterricht an der Grundschule „Am Priesterweg“

Es werde keine Ideallösung für den Unterricht während der Sanierung der Priesterwegschule geben, erklärte Iris Jana Magdowski. Das von Eltern und Lehrern vorgeschlagene Containerdorf für die Sanierungszeit von 18 Monaten würde 1 Mio Euro kosten, erklärte sie. Einzige realistische Möglichkeit sei ein täglicher Bustransfer zur Schilfhof-Schule. Die Verwaltung nehme die Bedenken der Eltern und Lehrer ernst, sie werde für eine Überdachung des Buswarteplatzes sorgen und dafür, dass verspätete Kinder zur Schule gelangen.

Jana Schulze entgegnete zu diesem Vorschlag für die LINKE, dass sich die Verwaltung damit gegen 90 Prozent der Eltern und Lehrer stelle. Und was geschehe dann mit der Hortbetreuung? Wann werden die Lehrer und Eltern verbindlich informiert?

Die Stadtverordneten könnten anders entscheiden, antwortete die Beigeordnete. „Aber wenn es keine zusätzlichen Mittel gibt, muss ich es von einer anderen Schule wegnehmen.“

Der Bildungs- und der Jugendhilfeausschuss werden sich erneut mit der „wohnortnahen Beschulung während der Sanierung“ beschäftigen. (s. Seite 4)

## Anträge der LINKEN beschlossen

### Kulturstandort Schiffbauergasse nicht durch Wohnen einschränken

Der Kulturstandort Schiffbauergasse solle nicht durch Wohnbebauung eingeschränkt werden. Dieser Gefahr wollte die LINKE mit ihrem Antrag begegnen, denn die Stadt hat bereits ein Boardinghouse auf dem Areal genehmigt. Durch Akteneinsicht ist bekannt, dass der Bauherr ein Schallschutzgutachten vorzulegen hat. Noch im Mai hat die Verwaltung eine rechtliche Stellungnahme zu dem Verfahren zur Verfügung zu stellen und die Möglichkeiten für die Sicherung eines uneingeschränkten Veranstaltungsbetriebes aufzuzeigen.

### Büro für Bürgerbeteiligung

Da der Oberbürgermeister eine Offensive für mehr Bürgerbeteiligung angekündigt hat, will die LINKE diese Chance nutzen, um einem ihrer Schwerpunktthemen Gestalt zu geben. Denn mit der bloßen Haushaltsstelle gebe es noch keine Gewähr,

dass die Stabsstelle nicht als Abwehrmechanismus oder bürokratische Einrichtung zur Zähmung des Bürgerwillens gebraucht werde, wie Hans-Jürgen Scharfenberg begründete. Mehrheitlich, trotz der Gegenstimmen der SPD und des OBM, beschloss die SVV: Der Oberbürgermeister soll dem Hauptausschuss einen Vorschlag für die Aufgaben und die Arbeitsweise des Büros für Bürgerbeteiligung zur inhaltlichen Abstimmung vorlegen. Auch die personelle Besetzung ist mit dem Hauptausschuss abzustimmen.

### Erhalt der Lehrerstunden für die Waldschule

Einstimmig angenommen wurde ein Antrag der LINKEN, die Streichung von 10 Lehrer-Wochenstunden, die das Staatliche Schulamt in der Waldschule plant, nicht hinzunehmen. Dr. Sigrid Müller hatte noch einmal die Rolle der Waldschule im öffentlichen Leben des Stadtteils Wildpark und ihre Bedeutung für die Herausbildung des Umweltbewusstseins vergegenwärtigt.

Der Oberbürgermeister ist nun von den Stadtverordneten beauftragt, entsprechende Gespräche im Staatlichen Schulamt und ggf. im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport zu führen.

### Gedenktafeln für „Gerechte“

Einstimmig angenommen wurde ein Antrag der LINKEN, Gedenktafeln für Potsdamer aufzustellen, die mit dem Titel „Gerechte unter den Völkern“ ausgezeichnet wurden. Olga Schummel begründete den Antrag der LINKEN, für die nach umfangreichen Recherchen bereits bekannten Potsdamer Gedenktafeln an ihren Wohnorten zu errichten: Dr. Helmuth Sell und Ehefrau Annemarie Sell, Frau Dorothea Schneider und Tochter Christa-Maria Schneider-Lyckhage, Frau Carola Mueller, Pfarrer Günter Brandt, Baroness Maimi Celina von Mirbach, die während des Zweiten Weltkrieges unter Einsatz ihres Lebens für die Rettung jüdischer Bürger mit dem Ehrentitel „Gerechte unter den Völkern“ vom Staat Israel ausgezeichnet wurden.

## Überwiesen

### Gerechte Bezahlung im Klinikum „Ernst von Bergmann“

Der Antrag der nach dem Verwaltungsgerichtsurteil erstmalig als Fraktion auftretenden Die Andere, dass das städtische Klinikum Ernst von Bergmann wieder in eine Mitgliedschaft im Kommunalen Arbeitgeberverband mit Tarifbindung wechselt, wurde mit einem Ergänzungsantrag der LINKEN unterstützt.

Im Hauptausschuss soll nun darüber diskutiert werden, dass das städtische Klinikum über einen Stufenplan bis 2014 die Voraussetzungen schafft, um im Kommunalen Arbeitgeberverband wieder in eine volle Mitgliedschaft zurück zu kehren. Im September ist eine Analyse einschließlich der finanziellen Auswirkungen vorzulegen.

### Volksfeste im Lustgarten

Hans-Jürgen Scharfenberg erläuterte den Antrag der LINKEN, bei der Vermietung des Lustgartens für Volksfeste eine Tagesmiete von höchstens 850 Euro zu berechnen. Der Neue Lustgarten sei extra dafür hergerichtet worden. Es sei eine Frage der kommunalen Daseinsvorsorge, wenn die Kostenbelastung für die Schau-

steller berechenbar bleibt und nicht für jedes Jahr neu ausgehandelt werden müsse. Der Antrag wurde in den Haupt- und den Finanzausschuss überwiesen.

### Ausstellung Stadtentwicklung

Mit dem Haushaltsentwurf 2012 sollen die organisatorischen und inhaltlichen Voraussetzungen für eine ständige Ausstellung zur Stadtentwicklung geschaffen werden. Ralf Jäkel erinnerte daran, dass es vorübergehend eine solche Ausstellung in den jetzigen Räumen des Bürgerservice gegeben habe. Der Antrag wurde in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauwesen überwiesen.

### Schule Schilfhof soll Gesamtschule werden

Jana Schulze griff mit dem Antrag der LINKEN eine erneute negative Auswirkung des unzureichenden Schulentwicklungsplanes der Landeshauptstadt auf. Auf Grund des Defizits an Gesamtschulplätzen soll in der Schule am Schilfhof, Stadtteil Schlaatz, zum Schuljahr 2012/13 eine weitere, bis zu fünfzügige Gesamtschule eingerichtet werden. Das hatte die LINKE bereits für den Schulentwicklungsplan vorgeschlagen, was jedoch unberücksich-

tigt geblieben war. Es fehlten insgesamt 198 Gesamtschulplätze, was einer Kapazität von acht Schulklassen entspricht. Mit der Notlösung in der Hackelstraße für drei Klassen werde der Bedarf bei weitem nicht gedeckt. Der Antrag wurde in den Bildungsausschuss überwiesen.

### Aufsichtsrat für Luftschiffhafen GmbH

Der Einfluss der Stadt in dem breiten Aufgabenfeld der Luftschiffhafen AG als Tochterunternehmen der Pro Potsdam müsse auch durch einen eigenen Aufsichtsrat gewahrt sein. Unter welchen Bedingungen dieser eingerichtet werden kann, soll im Hauptausschuss beraten werden.

## Im Konsens

### Schafgraben

Im Konsens der Fraktionen wurde ohne Debatte ein Antrag der LINKEN in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Wohnen überwiesen, der die Sicherheit am Schafgraben gewährleisten soll. Das Gelände am Schafgraben muss erneuert bzw. repariert werden.

## Was – wann – wo?

### Sitzungen der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam

Stadthaus, Raum 3.107, Beginn jeweils 18 Uhr  
16., 23. und 30. Mai 2011; 6. und 20. Juni 2011

### 32. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Potsdam mit Einwohnerfragestunde

Stadthaus, Plenarsaal  
01. Juni 2011, Beginn 15 Uhr

### Frühschoppen „Rathausreport live“

Sportschule Friedrich- Ludwig Jahn, Cafeteria, Zeppelinstraße 114-117, Stadtteil Potsdam West  
05. Juni 2011, Beginn 10 Uhr

### Ausgabe „Rathausreport“ Nummer 5/2011

Stadthaus, Raum 3.107  
10. bis 15. Juni 2011 (außer Sa. und So.)

### Info-Stände in den Stadtteilen:

#### 10. Juni 2011:

- 14:30 Uhr Kepler-Platz/  
Am Stern  
15:00 Uhr REWE-Kaufhalle  
Haeckelstr./ Potsdam West  
15:30 Uhr Havel-Nuthe-Center/Drewitz  
16:00 Uhr Haltestelle Fr.-Wolf-  
-Straße/Waldstadt II

#### 11. Juni 2011:

- 10:00 Uhr Weberplatz/Babelsberg  
10:00 Uhr REWE-Markt/Zentrum Ost  
10:00 Uhr Haltestelle Magnus-Zeller-Platz/Am Schlaatz  
10:30 Uhr Kaiser's/Kirchsteigfeld

## Ein Stadtteil, zwei Probleme, viele Akteure und eine unfähige Verwaltung

Als bedurfte es noch eines Beleges dafür, dass die Verwaltung der Landeshauptstadt und ihre Stadtverordnetenversammlung in gegenwärtiger Konstellation in vielen Fällen an den Bürgern vorbei regiert: Zum „Rathausreport live“ am Sonntag nach der Stadtverordnetenversammlung im „Bürgerhaus Stern\*Zeichen“ waren vor allem Drewitzer gekommen, die sich mit den Entwicklungen in ihrem Stadtteil nicht abfinden wollen.

Dr. Karin Schröter informierte über die vergangene Stadtverordnetenversammlung, in der wesentliche Anträge der LINKEN zu Drewitz abgewiesen worden waren: Der Antrag, in Drewitz eine Bürgerbefragung zum Verkehrskonzept durchzuführen. Der Antrag der LINKEN aus der April-Sitzung, Möglichkeiten für einen wohnortnahen Unterricht der Priesterweg-Grundschüler für die Zeit der Sanierung des Gebäudes zu finden, wurde mit der Mitteilung beantwortet, dass es „nicht die Idealösung“ geben werde.

Die Einwohner sind aufgebracht über die „Arroganz der Verwaltung“. Man lasse die Bürger reden und Vorschläge machen, aber – sagt Ina Böhme, Mutter zweier Kinder in der Priesterwegschule – „man will unsere Vorschläge gar nicht berücksichtigen“. Das gilt wohl für beide Probleme.

Denn das Verkehrskonzept des Bürgeraktivs Drewitz ist fachlich kompetent, Ergebnis dreier Werkstattverfahren und zahlreicher Befragungen der Betroffenen. Das hätte man



Schuldirektorin Elvira Eichelbaum beim Rathausreport live.

von der Verwaltung erwarten müssen, aber „die Verwaltung ist nicht in der Lage, mit den Bürgern zu kommunizieren“, schlussfolgert Peter Schröter vom Bürgeraktiv. Dass die Konrad-Wolf-Allee als Herzstück des Projektes Gartenstadt Drewitz nicht völlig vom Straßenverkehr befreit werden kann, hat die Verwaltung nach zähem Ringen eingesehen. Denn den gesamten Verkehr durch die Anliegerstraßen zu leiten, würde ein Chaos heraufbeschwören. Nun streitet man sich „nur“ noch um Ampel oder Kreislauf eingangs und ausgangs der Allee. Der Vorschlag, der auch Ideen zur Entwicklung einer ökologischen Gartenstadt enthält, werde jetzt geprüft, so die Auskunft der Verwaltung.

Nicht anders das Herangehen an die Sanierung der Priesterwegschule: Viele Ungereimtheiten im Vorfeld haben Eltern und Lehrer festgestellt, die sich gerade für die „Containerlösung“ entschieden haben – ein mobiles

Ausweichquartier in mietbaren Schulcontainern am Schulstandort. Kosten von einer Million Euro schleudert man den Eltern entgegen. „Woher nimmt die Stadt diese Zahl“, fragt Schuldirektorin Elvira Eichelbaum. Sie hat sich in Kleinmachnow erkundigt. Dort mietete die Stadt Container für 400 Kinder und nur für 600.000 Euro.

Auch mit den drei Horten hat noch niemand gesprochen, obwohl sie Start und Ziel des Schülerverkehrs werden würden. Kerstin Hender von der Kita Storchennest erläutert, wie sich solche Entscheidung auf den Hortbetrieb und die notwendige Personalausstattung auswirken würde. Und Elternsprecher Herr Klemm appelliert: „Es kann nicht immer nur um Euros gehen. Es geht um Menschen, es geht um Kinder!“

Jana Schulze und Sigrid Müller werden das Thema im Bildungs- und Jugendhilfeausschuss nicht ruhen lassen.

# RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

V.i.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Da der Rathausreport sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:

DIE LINKE.Fraktion, Friedrich-Ebert-Straße 79/81,  
14469 Potsdam

E-Mail: DIELINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de

Telefon: 0331/289 30 51, Fax: 331/289 31 19